

Presseinformation

Gewerkschaft der Polizei - Kreisgruppe Bundespolizei Saarland



Saarbrücken, den 28.10.2007

GdP: SPD stellt Schäubles Reform der Bundespolizei in Frage

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert die unprofessionelle Umsetzung der Bundespolizeireform. Noch vor kurzem hat der saarländische Ministerpräsident Peter Müller und der Innenstaatssekretär Peter Altmeier verkündet, dass die Bundespolizei mit einem erheblichen Personalzuwachs im Saarland rechnen kann. Die GdP geht inzwischen davon aus, dass es wohl noch länger dauern wird, bis sich personelle Verbesserungen an der Saar abzeichnen. Grund hierfür ist, dass die SPD inzwischen Nachbesserungen an dem von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgelegten Gesetzentwurf verlangt und sogar die Reform der Bundespolizei in Frage stellt. Dieses war heute durch eine dpa Mitteilung nach zu lesen.

Roland Voss, Vorsitzender der GdP Bundespolizei Kreisgruppe, kritisiert auch die interne Umsetzung der Reform: „Noch ist das erforderliche Gesetz zur Bundespolizeireform nicht beschlossen, da werden schon umfangreiche vorbereitende Personalplanungen vorgenommen, ohne dass die Personalvertretungen hinreichend beteiligt werden können und ohne dass derzeit die Voraussetzung für solche Planungen tatsächlich vorliegen.“ Dieses verunsichert nach Auffassung der GdP nur die Mitarbeiter.

Zudem wurde bekannt, dass die Dienststelle am zweitgrößten Bahnhof in Neunkirchen geschlossen werden soll. Das Personal soll nach GdP Informationen zukünftig vermutlich von Bexbach aus operieren. Auch wird hinter verschlossenen Türen in Bexbach darüber nachgedacht, Personal aus der Landeshauptstadt Saarbrücken, dem Kriminalitätsschwerpunkt im Saarland, nach Bexbach zu verlagern, und dass obwohl hierzu niemand einen Auftrag erhalten hat!

Die GdP stellt fest, dass die Bundespolizeireform in Teilen nicht mehr nach zu vollziehen ist. Einige der hochqualifizierten Fachkräfte aus Bexbach sollen möglicherweise nach Frankfurt/Main versetzt werden, während von der Ostgrenze an Polen Personal ins Saarland kommen soll. Der 40jährige Polizeioberkommissar Voss erläutert, dass viele der im Saarland beschäftigten Bundespolizisten noch nicht wissen, in welcher Dienststelle sie am 01.01.2008 ihren Dienst versehen sollen und wie ihr neuer Chef heißen wird. „**Chaos so weit man sehen kann!**“ zitiert der GdP Vorsitzende eine nicht näher benannte Führungskraft der Bundespolizei. Die GdP fordert eine größere und sachlichere Beteiligung der Personalräte und den unnötigen zeitlichen Druck aus den Reformplänen zu nehmen.

„Der Bundesinnenminister wäre gut beraten, wenn die Reform so lange ausgesetzt würde, bis die sozialen und personellen Belange der Beschäftigten geklärt sind und die weiteren Rahmenbedingungen stimmen.“ Voss weiter: „Die GdP hat dem BMI und den Verantwortlichen zahlreiche sachliche Gründe aufgezeigt, die eigenen Beschäftigten nicht zu vergessen.“ Die Polizei des Bundes trägt eine Hauptlast beim Kampf gegen den Terrorismus und wird dabei wie ein Spielball behandelt, der von einer Ecke in die andere Ecke geschossen wird. „Die Beschäftigten fragen sich berechtigt“, so Voss weiter, „wie so ordentliche Polizeiarbeit geleistet werden soll?“

Die GdP möchte, dass die Reform ihr Ziel erreicht, nämlich mehr Personal auf die Straße um die Kriminalität besser bekämpfen zu können. Hierfür steht sie als kompetenter Partner gerne zur Verfügung. Die Ratschläge der GdP müssen aber auch erhört und umgesetzt werden. So wie derzeit daran gearbeitet wird, wird die größte Polizeireform des Bundes in Frage gestellt. Und dieses ist der inneren Sicherheit nicht förderlich.

Dies ist eine Presseinformation der GdP Kreisgruppe Bundespolizei Saarbrücken

Für Rückfragen:

Gewerkschaft der Polizei

Roland Voss: 0178 / 8608293